

Unabhängige rheinland-pfälzische Initiative
EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.



Resolution der Mitgliederversammlung der unabhängigen rheinland-pfälzischen Initiative EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.

Mit sehr großer Verärgerung und nicht ohne Bitterkeit müssen wir das für die regierungsverantwortlichen Akteure des Landes Rheinland-Pfalz skandalöse und leider nicht überraschend kommende Ergebnis des Bundesländervergleiches zur Verwirklichung der UN-Behindertenrechts-Konvention (UN BRK) in der Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB)¹ zur Kenntnis nehmen:

Die Autor:innen der Studie entwickelten ein Instrument, mit dem sie die Umsetzung des Art. 24 der UN-BRK anhand von empirisch hergeleiteten und menschenrechtsbasierten Indikatoren bewerten. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass Inklusion in RLP aufgrund struktureller Barrieren nicht stattfindet und RLP im Ländervergleich den beschämenden letzten Platz einnimmt!

Mehr noch, dass die verantwortlichen Regierungsparteien seit 12 Jahren keine geeigneten Maßnahmen ergriffen haben, um eine Umsetzung der rechtlich verpflichtenden Vereinbarungen weder vorzubereiten noch durchzuführen, obwohl nicht nur wir von Anfang an auf die sich ergebenden Verstöße gegen Menschenrechte und insbesondere gegen Kinderrechte immer wieder hingewiesen haben.

Die Initiative hat dabei in vielen Gesprächen und Veranstaltungen auch Wege zur Vorbereitung eines inklusiven Schulsystems aufgezeigt (Transformationsvorschläge für die Schulstruktur), die mit der Beseitigung der rechtlichen und selektiv wirkenden Hürden in unserem Schulsystem beginnen müssen und sofort realisierbar sind (vgl. unseren *Mainzer Aufruf* vom 5. Mai 2014).

Ohne erkennbares Gespür für die alltäglichen Demütigungen und Kränkungen ohnehin benachteiligter Kinder und Jugendlicher durch die vielfältigen aussondernden Maßnahmen, wozu vor allem die Feststellung des sog. „Sonderpädagogischen Förderbedarfs“ gehört, wurden wiederholt alle Vorschläge und Forderungen mit der Leerformel „Wir sind auf einem guten Weg!“ vom Tisch gefegt!

¹ Sebastian Steinmetz, Michael Wrase, Marcel Helbig, Ina Döttinger: *Die Umsetzung schulischer Inklusion nach der UN-Behindertenrechtskonvention in den deutschen Bundesländern*. Baden-Baden 2021; Kurzfassung unter https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=WZBriefBildung442021_helbig_steinmetz_wrase_doettinger

Durch die Studie des WZB werden wir erneut in unserer Auffassung bestätigt, dass der eingeschlagene Weg über Schwerpunktschulen, die Einrichtung des Elternwahlrechts und der Förder- und Beratungszentren auch nicht ansatzweise den Rechtsansprüchen der UN-BRK genügen.

Wir verurteilen den bildungspolitischen Starrsinn der Landesregierung und die permanenten Verstöße gegen Menschen- und Kinderrechte auf das Schärfste und fordern die Landesregierung auf, die Beseitigung dieses widerrechtlichen Zustandes umgehend entsprechend den Vereinbarungen der UN-BRK in Angriff zu nehmen; denn Art. 24 der UN-BRK besagt, dass ein selektives Schulsystem ausgeschlossen ist.

Daraus resultieren vorrangig folgende erste Schritte:

- der konsequente Abbau aller auf Selektion ausgerichteter Vorschriften als vorbereitende Maßnahme für die Einrichtung eines inklusiven Schulsystems: z.B. Notengebung, erzwungene Klassenwiederholungen, Abschlüssen, Schullaufbahneempfehlungen ...,
- zugleich die konsequente Unterstützung *der* Schulen, die bereits im Selbstverständnis EINER Schule für ALLE inklusiv arbeiten (wollen) und ein 9- oder 10jähriges gemeinsames Lernen ermöglichen (wollen),
- die ausnahmslose Einschulung *aller* schulpflichtigen Kinder in die Grundschule,
- in Korrespondenz zu der vorgenannten Maßnahme der sukzessive Rückbau des Förderschulsystems. Alle dadurch freigesetzten Förderschullehrkräfte werden in den endlich zu schaffenden inklusiven Schulen eingesetzt;
- die mit einer zeitlichen Planung zu versehenen Maßnahmen einer Evaluation zu unterziehen, deren Kriterien der UN-BRK entsprechen.

Diese Resolution wurde von der Mitgliederversammlung in Mainz am 03. November 2021 verabschiedet.

V.i.S.d.P.

Für die unabhängige rheinland-pfälzische Initiative
„EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.“

Hans Ganß, Vorsitzender

Kirchenstraße 17
55595 Hüffelsheim
Tel. 0671 2983435